W-04-070-2 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum: 06.11.2026

## Änderungsantrag zu W-04

Von Zeile 69 bis 75:
gestalten, dass wir am Ende wettbewerbsfähiger sind und nicht schwächer. Das erfordert unter anderem riesige Investition, öffentliche wie private. ~~Diese lassen sich nicht dauerhaft aus wachsenden Schulden und Sondervermögen finanzieren, sondern nur aus einer produktiven, innovativen Wirtschaft. Deshalb ist Wachstum die Voraussetzung dafür, dass die ökologische Transformation gelingt und trägt – für Menschen, Unternehmen und den Planeten.~~
Klarerweise schafft eine produktive, innovative und sozial gerechte Wirtschaft eine wichtige Voraussetzungen für die Finanzierung der ökologischen Transformation. Doch kann Wachstum nur eine Folge erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung sein – es darf weder Voraussetzung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen noch Garant sozialer Sicherheit sein. Denn eine erfolgreiche ökologische Transformation braucht auch die gezielte Mobilisierung und Verwendung gesellschaftlicher Ressourcen, öffentliche und private Investitionen sowie eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Deshalb gestalten wir die Transformation so, dass sie die planetaren Grenzen einhält und den sozialen Wohlstand sichert.
Dazu wollen wir Renten, soziale Sicherung, öffentliche Finanzen und Beschäftigung so weiterentwickeln, dass sie unabhängig vom Bruttoinlandsprodukt funktionieren. Zwar kann ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt helfen schwierige Verteilungsfragen abzumildern. Jedoch wäre es riskant, die Finanzierung unserer Zukunft dauerhaft alleine von einem Wirtschaftswachstum abhängig zu machen, bei dem bislang nicht nachgewiesen ist, dass es sich in ausreichendem Tempo und Umfang von sämtlichen relevanten Umweltbelastungen entkoppeln lässt. Unser Ziel sollte deshalb weder eine schrumpfende noch eine wachsende Wirtschaft sein, sondern eine sozial gerechte, innovative und ökologisch tragfähige Wirtschaft, deren Erfolg nicht davon abhängt, dass das Bruttoinlandsprodukt jedes Jahr steigt

## Begründung

Die ökologische Transformation erfordert erhebliche zusätzliche Investitionen und eine verlässliche soziale Absicherung. Wirtschaftswachstum kann ihre Finanzierung erleichtern, ist aber keine notwendige Voraussetzung noch eine Garantie für ihr Gelingen. So weist die Europäische Umweltagentur* darauf hin, dass eine dauerhafte, umfassende absolute Entkopplung des globalen Wirtschaftswachstums von Umweltbelastungen unwahrscheinlich erscheint. Wenn also umgekehrt nachweisbare absolute Emissionsminderungen bei gleichzeitigem BIP-Wachstum nur in einzelnen Ländern oder Sektoren möglich sind, kann dies kein Pfad sein, der sinnvollerweise beschritten werden sollte.

Entscheidend ist nicht allein, ob die gesamte Wirtschaftsleistung wächst, sondern welcher Anteil der vorhandenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für gesellschaftlich notwendige Aufgaben mobilisiert wird. Auch bei stagnierendem Bruttoinlandsprodukt entstehen weiterhin Einkommen, Steuereinnahmen, Ersparnisse und Investitionsmittel. Ihre Höhe, Verteilung und Verwendung können politisch beeinflusst werden.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stagnierte das reale BIP 2024 und stieg 2025 um lediglich 0,2 Prozent. Die nominalen Einnahmen des Staates stiegen dennoch von rund 2.028 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf rund 2.138 Milliarden Euro im Jahr 2025.**

Die Finanzierung der Transformation muss deshalb nicht erst auf künftig erhofftes Wachstum warten. Sie kann durch eine Kombination aus öffentlichen und privaten Investitionen, langfristiger Kreditfinanzierung, sozial gerechter Steuerpolitik, dem Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und der gezielten Umlenkung bestehender Kapitalströme erfolgen.

Denn wesentliche Hindernisse liegen auch in der unzureichenden Lenkung des Kapitals, – zum Beispiel, wenn ohnehin anstehende Investitionen in klimaverträgliche Alternativen umlenkt werden – ungeeigneten Rahmenbedingungen und Finanzierungsrisiken. Eine wirksame Wirtschaftspolitik muss daher nicht nur zusätzliche Mittel erschließen, sondern vorhandene Mittel konsequent auf klimaverträgliche Investitionen ausrichten.

Dabei sind die realen Grenzen ernst zu nehmen: Fachkräfte, Produktionskapazitäten und Rohstoffe lassen sich nicht beliebig durch Geld ersetzen. Umso wichtiger sind langfristige Planung, verlässliche öffentliche Investitionen, strategische Industriepolitik und die Verringerung ressourcenintensiver, ökologisch schädlicher Aktivitäten. Sie ermöglichen es, knappe Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den größten gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen stiften.

Auch soziale Absicherung setzt nicht zwangsläufig eine jährlich wachsende Wirtschaftsleistung voraus. Sie erfordert eine ausreichende reale Versorgung und eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands. Angesichts des demografischen Wandels müssen Finanzierung und Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme allerdings ausdrücklich so reformiert werden, dass sie auch bei geringem oder ausbleibendem Wirtschaftswachstum tragfähig bleiben.

Eine erfolgreiche Transformation darf deshalb weder auf dauerhaftes Wachstum angewiesen sein noch durch dessen Ausbleiben blockiert werden. Ihre Finanzierung muss unabhängig von unsicheren Wachstumsprognosen tragfähig gestaltet werden.

Dies gilt umso mehr, als aufgeschobene Klimaschutzinvestitionen künftige Schäden, Anpassungskosten und wirtschaftliche Risiken erhöhen. Wir brauchen deshalb eine investitionsfähige, sozial gerechte und ökologisch verbindlich gesteuerte Marktwirtschaft, die gesellschaftlichen Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht – unabhängig davon, ob das Bruttoinlandsprodukt wächst, stagniert oder sinkt.

Die nominalen Staatseinnahmen stiegen somit um rund 109,6 Milliarden Euro beziehungsweise 5,4 %, obwohl das reale BIP 2024 stagnierte und 2025 nur geringfügig wuchs. Jedoch stiegen die Ausgaben im selben Zeitraum stärker als die Einnahmen. Das staatliche Finanzierungsdefizit vergrößerte sich von 119,1 auf 132,1 Milliarden Euro. Staatseinnahmen können somit auch ohne nennenswertes reales BIP-Wachstum nominal steigen, aber selbst dies garantiert nicht, dass automatisch zusätzliche reale Mittel verfügbar werden.